

Zu den Aufgaben der Friedensbewegung angesichts der Lage in Palästina und Israel

Rede des Wiesbadener Bündnisses gegen Raketenstationierung / Antikriegstag in Wiesbaden, 31. August 2025

Liebe Friedensgemeinschaft,

Wir stehen hier, weil wir nicht tatenlos zusehen können, wie sich im Gazastreifen vor unseren Augen eine der größten Katastrophen unserer Zeit abspielt.

Monatelang haben Hilfsorganisationen wie *Ärzte ohne Grenzen* und *UNICEF* darüber berichtet und Expert:innen eindringlich gewarnt. Jetzt wird die grausame Realität endlich international anerkannt. Die IPC-Initiative, die weltweit als unabhängige Autorität für Ernährungssicherheit gilt, hat für Teile des Gazastreifens offiziell die Hungersnot ausgerufen. Das ist keine abstrakte Warnung, das ist ein Weckruf für uns alle. Über 130.000 Kinder unter 5 Jahren sind akut von Unterernährung bedroht. Diese Kinder sind keine Statistik und zum großen Teil im Krieg verwaist, brutal verwundet und mehrfach vertrieben worden. Dennoch erhalten sie seit Kriegsbeginn nicht die internationale Aufmerksamkeit, die diese Kriegsverbrechen zwingend erfordern. Auch die Hungersnot bestreitet nun das israelische Außenministerium. Philippe Lazzarini, Leiter der UNRWA, bringt es auf den Punkt: „*Verleugnung ist der obszönste Ausdruck der Entmenschlichung.*“

Auch wir müssen klar benennen: Hunger wird als Kriegswaffe eingesetzt. **Alle** Krankenhäuser im Gazastreifen wurden bombardiert, mehr als 1.500 Ärzt:innen getötet, weitere verschleppt. Die wenigen, in absoluter Notversorgung operierenden Krankenhäuser sind überlastet, können die hunderttausenden Verletzten kaum versorgen und operieren ohne Narkose. Die Ärzte behandeln im permanenten Angstzustand der Erwartung eines Angriffs – wie er zuletzt mit dem Beschuss auf das Nasser-Krankenhaus eintrat, bei dem 50 Menschen verletzt und 22 Zivilisten, darunter 1 Sanitäter und 6 Journalisten getötet wurden.

Damit ist die Zahl der getöteten Journalisten auf 247 angestiegen. Das sind alles keine Kollateralschäden. Wenn Wohnhäuser, Regierungsgebäude, Spitäler, Universitäten, Schulen, Moscheen, Kulturstätten, Wasseraufbereitungsanlagen, landwirtschaftliche Flächen und Parks wiederholt zerbombt werden, ist das Töten und Zerstören mit System.

Der grausame Massenmord an annähernd 1200 Israelis und ausländischen Gästen, sowie die Geiselnahme von 250 Menschen am 7. Oktober 2023, ist als terroristischer Akt des bewaffneten Arms der Hamas zu bewerten, bei der es sich um eine reaktionäre, Gewalt propagierende Organisation handelt. Es ist außerdem eine Organisation, die in ihrer Anfangszeit aktiv von Israel unterstützt wurde, um die palästinensische säkulare linke Nationalbewegung zu spalten. Die am 8. Oktober einsetzende massive Bombardierung des Gazastreifens, der brutale Einmarsch der israelischen Armee, die Ermordung von über mindestens 83.000 Palästinenser:innen und die Entwicklung bis heute erweisen sich als völkerrechtswidrige Kriegsverbrechen Israels, die in keinem Verhältnis dazu stehen.

Fast Jeder, vom Normalbürger bis zur Bundesregierung, verschließt seit Jahrzehnten systematisch die Augen. Das betrifft sowohl die Zerstörung des Gaza-Streifens, als auch die seit Jahrzehnten andauernde Politik der Unterdrückung und *ethnischen Säuberung* der palästinensischen Bevölkerung durch die israelische Besatzung im Westjordanland – das nun in 2 Teile zersiedelt werden soll – und der Golanhöhen. Der Bau immer neuer Siedlungen und die Vernichtung palästinensischer Lebensgrundlagen – wie vor wenigen Tagen die Zerstörung von über 10.000 Olivenbäumen in al-Mughayyir innerhalb von 3 Tagen – werden genauso tatenlos hingenommen wie die Abriegelung und Zerstörung des Gazastreifens.

Ein Blick auf die Geschichte reicht, um zu wissen, dass die Unterdrückung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung seit über einem Jahrhundert betrieben werden, mit dem ersten Höhepunkt, der Nakba, die 1947/48 begann, als 750 000 Menschen aus ihren Dörfern vertrieben wurden und Tausende massakriert wurden.

Wir als Deutsche und unsere Geschichte sind ein Mitgrund für die Gründung des Staates Israel als Zufluchtsstätte der jüdischen Bevölkerung Europas und die damit einhergehende Vertreibung der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung. *Dies im Gedächtnis*, stehen wir auch in der Verantwortung, uns für einen palästinensischen Staat und einen gerechten Frieden zu erheben. Diese kann nicht mit dem *Argument* der „deutschen Staatsräson“ umgangen werden. Als zweitgrößter Waffenexporteur nach Israel – *mit Exporten im Wert von fast 500 Millionen Euro seit Oktober 2023* – muss sich Deutschland seiner Mitschuld an den gravierenden Kriegsverbrechen bewusst werden

Kritik an der israelischen Regierung, Kritik an Waffenlieferungen, *weil damit ja einhergehen würde, dass sich Israel nicht mehr verteidigen könnte*, Kritik am Vorgehen der israelischen Armee im Gaza-Streifen, Kritik an der Siedlungspolitik – alles wird pauschal als Antisemitismus diskreditiert, um jeden Widerstand gegen die deutsche Regierungspolitik sofort zu unterbinden. Hierbei versäumen wir die Chance zusammen zu finden und uns gemeinsam für den so dringend notwendigen Frieden zu einen.

Anstatt sich klar gegen die Kriegsverbrechen zu positionieren, kündigte die deutsche Regierung vor kurzem lediglich an, die Lieferung von Waffen *einzuschränken*. So schloss sich die Bundesregierung am 12.08.2025 wiederholt **nicht** der gemeinsamen Erklärung der EU-Kommission und der Außenminister von 26 Ländern an, um ein Ende der Angriffe auf Gaza und „das Verhungern“ in dem Palästinensergebiet „aufzuhalten und umzukehren.“

Nach alldem können wir uns nur noch den Worten von Yona Roseman anschließen:
„Israel begeht Völkermord, und wir müssen Widerstand leisten.“

Sie ist 19, israelische Kriegsdienstverweigerin, und wurde am 17. August zu 30 Tagen Militärhaft verurteilt.

Widerstand leisten. Solidarität zeigen.

Das obliegt auch der internationalen Friedensbewegung umso mehr im Angesicht der Tatsache, dass der internationale Journalismus in Gaza durch die von Israel erzwungene Blockade unterbunden und lokale Journalisten hundertfach von der israelischen Armee bedroht und getötet und danach als Terroristen dargestellt werden.

Der Völkermord an den Palästinensern – denn als nichts anderes ist das verbrecherische Vorgehen der israelischen Armee im Gaza-Streifen zu benennen – zu dieser Einschätzung kamen nicht nur namhafte Genozid-Forscher wie Omer Bartov, die UN-Beauftragte für die palästinensischen Gebiete Francesca Albanese, sowie Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und B'Tselem – ist als solcher zu benennen und wir haben als Friedensbewegung die Pflicht uns dem konsequent entgegenzustellen. Alle sagen hier „nie wieder“ – *und was ist mit Palästina?!*

Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung hören wir immer wieder als Argument. Sicher! Das ist aber nicht, was Israel im Gaza-Streifen tut! Die Blockade der Zufuhr von Energie, Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten nach Gaza und die Zerstörung humanitärer,

lebensnotwendiger Infrastruktur richtet sich direkt gegen die Zivilbevölkerung und bedroht existentiell Leben und Gesundheit. Der Anteil der Frauen und Kinder, die im Gazastreifen eines gewaltsamen Todes sterben, ist mehr als doppelt so hoch wie in fast allen anderen Konflikten der jüngeren Vergangenheit. Der Internationale Gerichtshof hat Israel im Januar 2024 angewiesen Maßnahmen zu ergreifen, um einen Genozid zu verhindern. Dieser Anweisung wurde nicht nachgekommen – wie nun auch dem letzten klar geworden ist. **Alle angeblichen** roten Linien wurden überschritten – die deutsche Bundesregierung reagiert mit leeren Worthülsen.

Wir fordern:

- Sofortiger und dauerhafter Waffenstillstand und Rückzug des israelischen Militärs aus den palästinensischen Gebieten! Waffenstillstand darf nicht bedeuten, den Status Quo der Schikane, Drangsalierung, Annexion und Apartheid fortzusetzen. Die Position der UNRWA muss sofort wiederhergestellt werden!
- Die Wiederherstellung der absolut notwendigen Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln, Medikamenten und Strom, sowie der sichere und flächendeckende Zugang von medizinischem Personal!
- Freilassung aller israelischen Geiseln und der tausenden in Israel inhaftierten palästinensischen politischen Gefangenen!
- Sofortiger und dauerhafter Stopp aller Waffenlieferungen an Israel!
- Ausstieg aus dem Assoziierungsabkommen der EU mit Israel und Verhängung von Sanktionen gegen Israel, wegen seines völkerrechtswidrigen Agierens!
- Die Untersuchung und Aufklärung aller Kriegsverbrechen durch externe Ermittler und Verfahren gegen die Täter und Unterstützer durch den IGH und den IStGH. Hier erfordert es, explizit zu erwähnen, dass der IStGH am 21.11.2024 gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant einen Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erlassen hat.
- Juristische Maßnahmen und Reparationen an das palästinensische Volk!
- Schluss mit der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik!
- Entsendung und Schutz internationaler Journalist:innen!
- Schluss mit Repressionen gegen Palästina-Solidarität!
- Ein allumfassendes Friedensabkommen, welches auch das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes anerkennt und die Wahrung der Genfer Konvention sichert.
- Die Anerkennung eines Staates Palästina, der friedlich neben oder zusammen mit einem Staat Israel koexistieren kann!

Wir als deutsche StaatsbürgerInnen müssen unseren Regierungen – von Kommunal- bis Bundesebene – zeigen, dass sie uns nicht zu Mittätern ihrer verbrecherischen Handlungen machen können. Erhebt eure Stimmen! Zeigt, dass "Nie wieder" JETZT ist. Und dass "Nie wieder" für alle Menschen gilt! – Und das gilt auch für die hessische Landesregierung, die seit fast zwei Jahren eine Flagge eines Staates hisst, der einen Völkermord begeht.